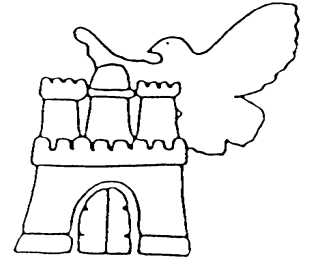


HAMBURGER FORUM

für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.

● www.hamburger-forum.org ●



Antikriegstag 2010

Demonstration

Samstag 4. September 2010

Auftakt 12.30 Uhr

Bahnhof Sternschanze

Abschluss 14.00 Uhr

Methfesselfest – Else-Rauch-Platz

Schluss mit der Militarisierung von Politik und Gesellschaft!

Bundeswehr raus aus Arbeitsagenturen, Schulen und Hochschulen!

Zivile Hilfe statt Rüstungsexport, Militärintervention und Aufrüstung!

Alle Bundeswehreinsätze beenden!

Dem Frieden eine Chance – NATO raus aus Afghanistan!

Sofortiger Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan!

Entschädigung der Opfer und Hinterbliebenen des Massakers von Kundus – Bestrafung der Täter!

Aufbauhilfe nach den Bedürfnissen der afghanischen Bevölkerung!

1. September 1939

An diesem Tag überfiel die faschistische deutsche Wehrmacht Polen und entfesselte den II. Weltkrieg. Gewaltige Zerstörungen und 60 Millionen Tote waren die Folge. Millionen litten und starben in Konzentrations- und Arbeitslagern. 1945 lautete die Schlussfolgerung vieler Deutscher: „Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!“ Schon 1949 demonstrierte die Friedensbewegung am 1. September gegen Aufrüstung und Krieg.

Militarisierung

Unter dem Motto *Landesverteidigung* trat die Bundesrepublik 1955 der Nato bei und gründete die Bundeswehr. Mit dem Hinweis auf die *gewachsene Verantwortung* der größer gewordenen Republik leitete die schwarz-gelbe Bundesregierung 1990 eine Politik der weltweiten Militärinterventionen zur Wahrung *deutscher Interessen* ein. Diese wurde unter Rot-Grün fortgesetzt: Mit der Beteiligung am völkerrechtswidrigen Nato-Krieg gegen Jugoslawien 1999 und der am US-Krieg in Afghanistan ab 2001. Dort geht es um die Sicherung *westlicher Interessen*, nicht um Entwicklung, Demokratie, Menschen- und Frauenrechte, wie man uns weiß machen will. Keines dieser Ziele wurde erreicht. Immer mehr Soldaten wurden eingesetzt, mit immer mehr Opfern. Gegen die Mehrheit der Deutschen setzt eine Bundestagsmehrheit aus CDU/CSU, FDP, SPD und GRÜNEN die Kriegspolitik fort.

4. September 2009

Mindestens 91 Afghanen sterben bei einem US-Bombenangriff auf einen von *Aufständischen* entführten Tanklaster bei Kundus, der unter Missachtung des Kriegsvölkerrechts von einem Bundeswehroberst angeordnet wurde. Jetzt gesteht die Regierung endlich ein, dass dort Krieg herrscht. Und uns will sie dazu bringen zu akzeptieren, dass dieser Opfer fordert, von Soldaten und Zivilbevölkerung. Das wird ihr nicht gelingen!